

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag des Buchdruckers Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

**Verkaufsweg:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 1.50 M., bei Zustellung ins Haus monatlich 1.60 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Wagenpreis:** Die gespaltene Originalzeile (10 Zeilen, 14 Spalten) oder deren Raum 1.40 M., örtliche Anzeigen 1.25 M. Im Tagblatt (10 Zeilen, 14 Spalten) 1.00 M., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen nach feststehenden Sätzen — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 2.40 M. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — **Erlösungsart:** Bischofswerda.

Nr. 1292.

Donnerstag, den 15. Dezember 1921.

76. Jahrgang.

## Beratung des Reichskabinetts.

Berlin, 14. Dezember. (Draht.) Das Reichskabinettsmitglied Dr. Rathenau machte ausführliche Mitteilungen über das Ergebnis seiner Londoner Reise. Im Anschluß daran wurde der gesamte Komplex der Reparationsfragen eingehend besprochen. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Der Reichskanzler wird nähere Mitteilungen über die Londoner Besprechungen erst machen, wenn die Beratungen über die Reparationsfrage zu einem gewissen Abschluß gelangt sein werden. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt allerdings, bereits sagen zu können, der allgemeine Eindruck, den der Bericht Rathenaus hervorgerufen habe, sei nicht ungünstig gewesen. Auch eine sozialdemokratische Parlamentskorrespondenz will wissen, die Londoner Verhandlungen seien zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, der unter dem Gesichtspunkt der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands betrachtet, als nicht ungünstig bezeichnet werden könne. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ widerspricht der Blättermeldung, daß Stinnes nach dem englischen Minister Rathenaus wiederum England aufsuchen wolle.

## Die Gefahren eines Moratoriums.

Berlin, 14. Dezember. Mit dem am Dienstag erneuten Einsetzen der parlamentarischen Gesetzgebung hat eine Periode politischer Hochkonjunktur ihren Anfang genommen, wie wir sie vielleicht noch nicht erlebt haben. So wie die Dinge liegen, wird es dem Reichstag kaum möglich sein, in der kurzen bis Weihnachten zur Verfügung stehenden Spanne wesentliches zu schaffen. Dafür aber dürfte ein um so schärferer Kampf innerhalb der Fraktionen und zwischen ihnen entbrennen, der sich um die Neugestaltung unserer finanziellen Verhältnisse dreht. Wie wir von besonderer Seite erfahren, scheint sich die Lage dahin zuspitzen, daß man uns vielleicht letzten Endes doch ein fünfjähriges Moratorium bewilligt, allerdings unter der harten Bedingung, daß wir uns einer Finanzkontrolle der Entente unterwerfen. Was das befragen will, darüber herrscht wohl kein Zweifel. Beugen wir uns diesem Vorstoß, von dem man in Kreisen derer, die es am Ende wissen können, spricht — und wir werden es vermutlich unter Herrn Births Leitung tun — dann können wir uns auf eine Beschnidung unseres Etats gefaßt machen, daß uns die Augen übergehen. Wir stützen dann noch unter die Türket, indem man uns jeden finanziellen Schritt einfach diktieren wird. Man wird den Beamtenstand kontrollieren und auf Entlassung aller überzählig erscheinenden Kräfte dringen. Man wird die Pensionen revidieren und schmälern, alle Kulturausgaben als „überflüssig“ beseitigen und was der Annehmlichkeiten mehr sind. Da ist für eine schneifelhäutige Kommission ein Anfang und kein Ende und Deutschland sinkt zu einer Satrapie des Großkönigs Brind. Die Schwierigkeit, die 500 Millionen Goldmark zum 15. Januar zu zahlen, drängt uns zur Eile. Die kommende Zeit wird überbrückt die Beratungen bis nach Neujahr. Dann bleiben uns nur wenige Tage, bis die Entscheidung fällt. Die Stimmung in der Wandelhalle des Reichstages ist gedrückt und unsicher. Das Kabinet der Erfüllung sieht sich vor Aufgaben gestellt, vor denen selbst dem struppelosesten Staatsmann graut. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß auch Herr Birth sich bisher nur vorsichtig ausgedrückt hat und noch nicht offen Farbe bekennen will.

## Vorschlag einer 1 Milliarden-Dollars-Anleihe unter deutscher Garantie?

Paris, 13. Dezember. Der „Antragsgenosse“ schreibt, daß die Mission Rathenaus nicht nutzlos war. Demnach würde von Deutschland im Falle des Einvernehmens mit den Alliierten eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollars aufgenommen werden. Die Anleihe würde 7 Prozent Zinsen tragen, steuerfrei sein und in 50 Jahren zurückgezahlt werden. Sie würde von der Reparationskommission ausgegeben und überwacht werden und durch die gesamten deutschen Zollentnahmen garantiert sein. Indem Deutschland diese Anleihe ausbeute und zusehe, daß sie von Erfolg gekrönt wäre, würde es zunächst mit den Naturalleistungen die Forderungen der Alliierten in ungefähr zwei Jahren erfüllen können. Eine Entscheidung steht unmittelbar bevor.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Dezember. Nach Erledigung von annähernd dreißig kleinen Anträgen wurde eine Reihe von Vorlagen debattiert erledigt. Der dritte Nachtrag zum Reichshaushalt und eine Regelung der Besoldungsordnung gingen an den Hauptauschuß. In allen drei Beschlüssen wurden angenommen: Der Entwurf über Änderung der Lohnpfändung, der die Pfändungsgrenze auf achttausend Mark festsetzt, Änderung des Börsengesetzes und die Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen an das Reich. Zu den Änderungen des Gewerbevertragsgesetzes und des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte durch Zulassung der Frauen zum passiven Wahlrecht betrogen einzelne Redner die Wichtigkeit dieser Änderungen, dann ging der Beschlusstext an den zuständigen Ausschuß, ebenso ein Beschlusstext betreffend Aufhebung vorübergehender Zollerleichterungen und ein Beschlusstext über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Als einer der letzten Punkte der Tagesordnung folgte eine Interpellation über Vorkommnisse in der Pfalz, die sogenannten Bäderstürmerien radikaler Elemente in Speyer am 31. August und 8. September, wo radikale Vorkämpfer die bayerischen Behörden stürzen wollten, das Regierungsgebäude und das Rathaus stürzten und wo die französischen Behörden und das französische Militär durch ihr Verhalten eine wohlwollende Förderung dieser Umsturzbestrebungen zeigten. Abg. Moldenhauer (Deutsche Sp.), der die Interpellation begründete, wies darauf hin, daß das Verhalten der Franzosen dem Verfall der Verträge widerspreche und das direkte Gegenteil einer Politik der Versöhnung sei. Im Gegensatz zu der Haltung der Engländer und Amerikaner, die sich bei allem Druck der Befragung wenigstens nicht in die innerpolitischen Verhältnisse einmischten, betreibe Frankreich ganz offen die Losreißung des linken Rheinufers und unterstütze jede Opposition gegen die bayerische Regierung, seitdem feststehe, daß Bayern sich nicht gegen das Reich auszuspielen lasse. Da die Versuche bei den verschiedenen eingekerkerten Parteien und Berufsgruppen gescheitert seien, habe man sich ortsfremde Ruhestörer herangezogen, um mit deren Hilfe das Ziel zu erreichen. Die kommunistischen Agitatoren, die ohne Zweifel von der kommunistischen Partei abgeschüttelt würden, hätten die Arbeiterschaft unter dem Vorwand, es gehe um die Erhaltung der Demokratie und der Republik, in Demonstrationen getrieben, die dann gegen die Regierung geleitet wurden, und die von der französischen Besatzungsbehörde unterstützt wurden. Die Regierung sollte sich äußern, was sie gegen diese Haltung der Franzosen, die sich auch unlängst wieder im Rheinland befunden habe, zu tun gedente und wie sie die Welt darüber aufklären wolle, daß Frankreich der einzige Ruhestörer in Europa sei.

Für die Regierung antwortete der Innenminister Dr. Köster. Die Regierung sehe in den Vorkommnissen in der Pfalz Mitglieder in der Reihe einer langen Reihe von Vorkommnissen, die darauf abzielen, den Zusammenhang zwischen der Pfalz und Bayern zu lockern. Die Bestrebungen der Franzosen, an Arbeiter, Bauern, Bürger, Industrielle und Geistliche Anschluß zu gewinnen, sind an der Enschlossenheit dieser Kreise gescheitert. Nun haben die Franzosen im August versucht, die Masse durch radikale Agitatoren zu führen zu lassen. Doch sobald die Arbeiter merkten, um was es sich handelte, hätten sie sich von diesen Einflüssen freigemacht. Auch wer es von sich weise, daß zu lösen gegen die Befehlsgewalt, müsse zu einer gehörigen Dosis Mißtrauen gegen sie mahnen. Die Regierung habe selbstverständlich Protest bei der Rheinlandkommission erhoben, auch gegen das Verhalten der Speyerer Befehlstruppen während des Putzches selbst.

Zu der Interpellation sprach dann der sozialdemokratische Abg. Hoffmann-Kaiserslautern. Er bezweifle, daß es sich um die Absicht eines Sturzes der Regierung gehandelt habe. Dieses Gerücht sei wahrscheinlich auf kommunistische Großsprecherien zurückzuführen. Die Verbindung der Kommunisten mit den Franzosen sei notorisch, aber die Kommunisten hätten sich dadurch um jede Anhängerschaft in der Pfalz gebracht.

Das Haus vertagte sich darauf auf Mittwoch nachmittag. Berlin, 13. Dezember. (Draht.) Der Reichstagsauschuß für Wohnungspolitik nahm die §§ 1 bis 6 des Reichsrentengesetzes im wesentlichen nach den Beschlüssen der 1. Lesung mit einigen Zusätzen an.

Berlin, 14. Dezember. (Draht.) Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder der Versorgungsberechtigten zugegangen, die ein Einkommen aus gewöhnlicher Beschäftigung

außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes beziehen. Der Entwurf sieht vor, daß bei pensionierten Beamten, Offizieren, Pensionären und ehemaligen Kapitalanten, wenn sie außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes mehr als 10 000 M verdienen, das Recht auf den Bezug des Teuerungszuschlages und nach dessen Wegfall auf den Bezug des Zuschusses zum Ruhegehalt oder Wartegeld bis zur Höhe von 50 Proz. des 10 000 M übersteigenden Betrages ruht.

## Antrag auf Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Berlin, 14. Dezember. (Draht.) Die Zentrumsfraktion und die bayerische Volkspartei im Reichstage haben als Initiativantrag einen Beschlusstext zur Änderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht, demzufolge die Grenze, bis zu der die Steuer 10 Prozent des steuerbaren Einkommens beträgt, mit Rücksicht auf die stark verminderte Kaufkraft des Geldes von 24 000 auf 40 000 M erhöht werden soll. Auch für die darauf folgenden Einkommenbeträge sieht der Entwurf eine beträchtliche Herabsetzung des Steuerfußes vor. Die Ermäßigung für den Steuerpflichtigen und die Befreiung sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 40 000 M gewährt werden. Die Kinderermäßigung soll bis zum Einkommen von 100 000 M bestehen bleiben. Zu Gunsten der Rentner ist eine stärkere Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer vorgesehen.

## Sächsischer Landtag.

Am Dienstag holte der Landtag zunächst die in den früheren Sitzungen zurückgestellten Abstimmungen über einige Punkte nach. Das Gesetz über die Sonntagsruhe wurde in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Die Vorlage über die Gewährung von Altersrenten an Kleinrentner wurde einstimmig angenommen, nachdem ein bürgerlicher Antrag auf Verlängerung der Rückzahlungsfrist für Darlehen auf Wertpapiere abgelehnt worden war. Ein Antrag auf Aufhebung der bekannten Überstundenverordnung des Arbeitsministers Jäder wurde mit den sozialistischen gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die neue Besoldungsvorlage behandelt, über deren wesentlichen Inhalt wir schon berichtet haben. Den Hauptgegenstand der heutigen Verhandlung bildeten die hohen Ministergehälter, gegen die sich die bürgerlichen Parteien nochmals aussprachen. Um aber die Verabschiedung der Besoldungsvorlage nicht am Einspruch gegen die Ministergehälter scheitern zu lassen, wurde die Vorlage dann mit allen gegen die kommunistischen Stimmen angenommen. Ein Antrag auf Errichtung von Gendarmerieabteilungen wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen und zum Schluß eine Anfrage wegen der Verteuerung der böhmischen Braunkohlen beraten. Die Aussprache über diesen Punkt bezog sich in der Hauptsache auf den Eisenbahnmangel. Wirtschaftsminister Jellisch sagte nach Möglichkeit Berücksichtigung der Wünsche zu und stellte in Aussicht, daß, wenn die Reichsbahnverwaltung den berechtigten Forderungen der Landstaaten nicht in größerem Maße als bisher nachgegeben hat, sich die Einzelstaaten selbst einen Einfluß auf die Reichsbahnverwaltung verschaffen müßten.

## Aus Sachien.

Dresden, 14. Dezember. Landtagsabgeordneter Wente als Bürgermeister. Der unabhängige Landtagsabgeordnete Wente, der schon wiederholt als Anwärter für freigewordene Amtshauptmannsposten genannt wurde, ist am Montag vom Gemeinderat der vereinigten Industrieorte Heidenau und Rügeln zum Gemeindevorstand gewählt worden. Wente ist von Beruf Lithograph, wurde dann Parteisekretär der Unabhängigen und gehört seit der Revolution dem sächsischen Landtag und dem Dresdner Stadtverordnetenkollegium an. Auf diese Weise ist wiederum einer der heute Regierenden in eine Stellung untergebracht worden, die auch von einem erst. Wechsel in der sächsischen Regierung nicht berührt werden kann. Und das ist ja schließlich der Zweck der Sache.

Copitz, 14. Dezember. Verhängnisvolle Folgen eines „Scherys“. Einen sehr bedauernden Ausgang nahm ein „Schery“, den sich der in den 50er Jahren stehende Gutbesitzer Ernst Gladowitz von hier leisten wollte. Mitglied des hiesigen Gemeinderates, dem Gladowitz ebenfalls angehört, hatten am Sonntag eine Besichtigung des Güterwertes Copitz vorgenommen. Die an der Besichtigung teilnehmenden Herren fuhren abends mit dem Berolischen Auto